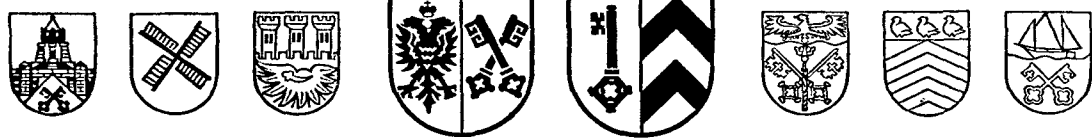


Mindener Tageblatt

heimatnah •
Ruf 256 31-39



• weltoffen
1 D 4751 A

Nr. 66 • Donnerstag, 19. März 1970

Unabhängige, überparteiliche Mindener Zeitung • Gegründet 1856 von J. C. C. Bruns

114. Jahrg. • Einzelpreis 30 Pf. (Sbd. 50 Pf.)

Reise nach Erfurt ohne Illusionen

Brandt: Die Einheit verloren - es gibt keinen Weg zurück

Heute Treffen mit Stoph / Kranzniederlegung in Buchenwald

Bonn (dmt/klk) Bundeskanzler Brandt ist gestern abend mit einem Sonderzug aus Bonn zum Treffen mit DDR-Ministerpräsident Stoph abgereist. Kurz vor der Abfahrt betonte er in einem Fernsehinterview, er fahre mit guten Absichten, aber ohne Illusionen nach Erfurt. Dieses erste Gespräch eines Bundeskanzlers mit dem Regierungschef der DDR werde schwierig sein: „Erfurt ist, so hoffen wir, ein Beginn.“ Doch solle sich niemand trügerische Hoffnungen machen. „Wir haben die Einheit verloren - und es gibt bestimmt keinen Weg zurück“, sagte der Bundeskanzler. Aber die Deutschen müßten sich darum bemühen, daß die geschichtlichen Möglichkeiten offenblieben, die es dem deutschen Volk vielleicht einmal gestatten würden, selbst darüber zu entscheiden, in welcher Form es im Rahmen einer europäischen Friedensordnung sein Zusammenleben organisieren wolle.

Ein starkes Aufgebot von Politikern, Journalisten, Kameraleuten, Fotografen und Neugierigen war zur Abfahrt des Zuges auf den Bonner Bahnhof gekommen. Auf dem Bahnsteig demonstrierten Jugendliche für die Anerkennung der DDR.

Brandt wird während seines Aufenthalts in Erfurt die Gespräche mit DDR-Ministerpräsident Stoph am Nachmittag unterbrechen und das ehemalige Konzentrationslager Buchenwald besuchen, um dort am Ehrenmal für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung einen Kranz niederzulegen. Der Bundeskanzler wird dabei von DDR-Außenminister Winzer und von Mitgliedern der Bonner Delegation begleitet.

Wie Staatssekretär Ahlers in Bonn bestätigte, ist der Wunsch zum Besuch Buchenwalds, das nur 25 km von Erfurt entfernt liegt, von Brandt ausgegangen.

Einzelheiten der Grundsatzklärung, die Brandt in Erfurt abgeben wird, sind nicht bekannt geworden. Regierungssprecher Ahlers teilte lediglich erneut mit, Brandt werde in dieser Hinsicht flexibel sein und sich auf die vorhergehende Erklärung Stophs entsprechend einstellen.

Der Bundeskanzler werde auf jeden Fall den DDR-Ministerpräsidenten zu einem zweiten

Treffen in der Bundesrepublik einladen. Ahlers bedauerte die Absicht des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel, nicht zu der Kabinettsitzung zu erscheinen, in der der Bundeskanzler am Freitag um 9 Uhr nach seiner Rückkehr einen ersten Bericht erstatten will, bevor er im Bundestag eine Regierungserklärung abgibt.

Eintreffen um 10 Uhr

Das Programm des Treffens hat sich inzwischen nur geringfügig geändert. Demnach wird der Sonderzug Brandts den Grenzübergang Gerstungen etwas früher als ursprünglich vorgesehen, nämlich um 7.45 Uhr, überschreiten und gegen 10 Uhr in Erfurt eintreffen.

Stoph wird den Bundeskanzler auf dem Bahnhof (Fortsetzung auf Seite 2)

Keine kreditpolitischen Beschlüsse

Frankfurt (vvd) Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat auf seiner Sitzung am Mittwoch in Frankfurt keine kreditpolitischen Beschlüsse gefaßt. Wie Bundesbank-Präsident Karl Klasen im Anschluß an die Sitzung in einem Gespräch mit vvd erklärte, ist der Zentralbankrat mit den bisherigen Auswirkungen seiner letzten restriktiven Maßnahmen recht zufrieden.

Amnestie und neues Demonstrationsrecht

Opposition lehnte beide Gesetze ab / Jaeger: Legalisierung des Terrors

Bonn (dpa) Die seit Monaten diskutierte Reform des Demonstrationsrechtes und die damit eng verknüpfte Amnestie für Demonstrationstätter nahmen am Mittwoch gegen den Widerstand der CDU/CSU die erste parlamentarische Hürde im Bundestag. Beide Gesetze stießen während der gantztägigen Debatten auf einhellige Ablehnung der Unionsfraktion, weil sie nach ihrer Auffassung den Schutz der Gemeinschaft einschränken oder rechtspolitisch bedenklich sind.

Die Regierungskoalition SPD und FDP verwickelte dagegen ihr mehrfach erklärtes Ziel, noch vor Ostern ein politisches Zeichen für einen friedlichen Dialog mit der kritischen Jugend zu setzen.

Nach dem beschlossenen Reform-Entwurf wird künftig die bloße Teilnahme an einer von Gewalt begleiteten Demonstration nicht mehr als Straftat, sondern nur noch als Ordnungswidrigkeit gewertet. Wer sich trotz Aufforderung der Polizei nicht entfernt, muß mit einer Geldbuße statt einer Haftstrafe rechnen. Die Strafdrohung wird eindeutig auf Gewalttäter, Teilnehmer an Gewalttaten und sogenannte „Anheizer“ abgestellt.

Ein weiterer zentraler Punkt der Reform ist die Aufnahme des Verbotssirrtums in den Paragraphen über den Widerstand gegen die Staatsgewalt. Der Irrtum beim Widerstand kann strafmildernd oder strafbefreiend wirken. Sechs Änderungsanträge der CDU/CSU scheiterten im Parlament.

Heltigen Widerstand setzte die Opposition auch der Absicht entgegen, mit dem Amnestiegesetz nicht nur eine Anpassung an die Reform zu vollziehen, sondern weitergehende Straftaten wie Körperverletzung und Sachbeschädigung bis zu einer Strafgenze von neun Monaten ebenfalls zu amnestieren. Richard Jaeger (CSU) sprach von der „nachträglichen Legalisierung des Terrors“.

Die Vertreter SPD und FDP mit Bundes-

justizminister Jahn an der Spitze unterstrichen ihre Entschlossenheit, die aus dem Jahre 1871 stammenden Bestimmungen des Demonstrationsrechtes dem Geist der Verfassung anzupassen und mit der Amnestie einen Beitrag zur inneren Befriedung zu leisten. Sie wiesen nachdrücklich Vorwürfe zurück, daß die Neuregelungen Grundrechte erschütterten oder die Arbeit der Polizei erschwerten. Ebenso energisch verwahrten sie sich dagegen, daß mit der Amnestie neues Unrecht geschehe.



Unter strenger Bewachung durch Bahnpolizei und die Sicherungsgruppe Bonn wurde gestern der Sonderzug zusammengestellt, mit dem Bundeskanzler Brandt und seine Begleitung am Abend die Reise nach Erfurt antraten. Zur Nachtruhe sollte der Zug auf einem kleinen Bahnhof in der Nähe von Melsungen abgestellt werden. dpa/UPI-Bildfunk



Schweres Fährunglück bei Petershagen

Bei einem Fährunglück auf der Weser bei Petershagen ist gestern der 28jährige Fahrer eines Möbelwagens vermutlich ertrunken. Die Fähre war mit neun Menschen und fünf Kraftfahrzeugen an Bord plötzlich in den Fluten der Hochwasser führenden Weser versunken und gekentert. Vier Autos rutschten dabei von der Fähre und wurden abgetrieben. Während sich die acht Menschen ans Ufer retten konnten, blieb der Fahrer noch verschollen. Zu den Bergungsarbeiten waren Feuerwehr und Pioniere der Bundeswehr angetückt. (Siehe auch Bericht auf Seite 3.) Aun.: MT/-ilu

Prinz Sihanouk in Abwesenheit gestürzt

Während eines Besuches in Moskau / Rechtsgerichtete Kreise an der Macht

Phnom Penh (dpa) Prinz Norodom Sihanouk, der neutralistische Staatschef Kambodschas, ist gestern während eines Moskau-Besuches von rechtsgerichteten Kreisen seines Landes gestürzt worden. Damit fand eine seit längerer Zeit schwelende innenpolitische Krise, die sich an der Präsenz von schätzungsweise 40 000 kommunistischen Soldaten in Kambodscha entzündet hatte, ihren vorläufigen Höhepunkt.

Sihanouk gab zu der Entwicklung in seinem Lande in Moskau keine Erklärung ab. Er flog, unergründlich lächelnd und von Ministerpräsident Kossygin verabschiedet, ungeachtet der Entwicklung in Phnom Penh zu seinem geplanten Besuch nach Peking.

Sihanouk, der sein Land vor nahezu zwei Monaten verlassen hatte, um sich in Frankreich einer Kur zu unterziehen und anschließend seine offiziellen Besuche in Paris, Moskau und Peking zu machen, hatte offensichtlich eine Vorahnung von den kommenden Entwicklungen. Während seines Paris-Aufenthaltes hatte er in der vergangenen Woche in einem Fernsehinterview erklärt, er halte einen gegen ihn gerichteten Staatsstreich rechtsgerichteter Kreise für möglich.

Dadurch solle Kambodscha in das Lager der Amerikaner getrieben werden. Er war sich sehr wohl im klaren darüber, daß die Anwesenheit starker nordvietnamesischer und Vietkongeinheiten in seinem Lande für diese Kräfte ein Vorwand sein könnte, die Macht an sich zu rei-

Ben. Aus diesem Grunde lag ihm viel daran, bei seinen Gesprächen in Moskau und Peking Unterstützung für seine Bemühungen zu gewinnen, einen Abzug dieser Truppen zu erreichen.

Abfindung der Grundrenten gesichert

Bonn (dpa) Die schon bisher mögliche Kapitalisierung der Kriegsofergrundrenten ist jetzt für alle Interessenten finanziell gesichert. Der Bundestag hat in zweiter und dritter Lesung das Gesetz über die Abfindung verabschiedet. Danach wird die Finanzierung der Abfindung über den Kapitalmarkt aus Mitteln der Lastenausgleichsbank ermöglicht. Bisher mußte dafür alljährlich im Bundeshaushalt ein Betrag bereit gestellt werden, der aber wiederholt nicht ausgereicht hatte.

Die Kapitalisierung einer Rente für den Zeitraum von zehn Jahren im voraus für den Bau von Eigenheimen und zum Kauf von Eigentumswohnungen muß wie bisher bei den Versorgungsämtern beantragt werden.

Mahnung zur Einsicht

Gegen brutale Fernsehsendungen

Bonn (dmt/wl) Die „oft recht brutalen Fernsehsendungen“ im Ersten und Zweiten Programm insbesondere an Sonntag nachmittagen führten in der Fragestunde des Bundestages zu einer Kontroverse zwischen Staatssekretär Westphal vom Bundesministerium für Jugend und Familie und dem SPD-Abgeordneten Dr. Apel.

Westphal kündigte dabei an, daß sein Ministerium einen Forschungsauftrag vergeben wolle, um zu klären, wie sich solche Sendungen auf Kinder und Jugendliche auswirken. Eine rechtliche Handhabe zum Einschreiten habe der Staat jedoch nicht, da es keine Staatsaufsicht über Rundfunk und Fernsehen gebe.

Apel kritisierte, daß sich gerade an den Sonntag nachmittagen Filme mit wilden Schießereien und brutalen Schlägereien häuften, also zu einer Zeit, wo die Kinder vor den Bildschirmen säßen. Dabei zeichne sich das ZDF durch solche Sendungen aus. Westphal meinte dazu, es wäre gut, wenn die Rundfunkanstalten von sich aus zu einer besseren Einsicht kämen.